



Landschaftsverband Westfalen-Lippe

FDP LWL Freiherr-vom-Stein-Platz 1 48147 Münster

FDP-Fraktion der Landschaftsversammlung
Freiherr-vom-Stein-Platz 1, 48147 Münster

Ruf: 0251 / 591-262
Fax: 0251 / 591-5337

E-Mail: buero@fdp-westfalen.de
Internet: www.fdp-westfalen.de

Landschaftsversammlung 26.02.09 Rede Bundesteilhabegeld

Es gilt das gesprochene Wort.

Liebe Frau Vorsitzende Seifert,
lieber Herr Direktor Dr. Kirsch,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die FDP-Fraktion stellt sich hinter die vorliegende Resolution.

Der Landschaftsverband und seine Kommunen dürfen vom Bund nicht länger allein gelassen werden bei der Finanzierung der Eingliederungshilfe in Westfalen-Lippe.

Bislang hat es jede Bundesregierung verpasst, hier eine Bundesbeteiligung zu organisieren. Weder die Schröder-Regierung von SPD und Grünen, noch die Merkel-Regierung von CDU und SPD hat daran ein Interesse gezeigt.

Vielleicht bringt die Konvention der Vereinten Nationen einen neuen Anstoß, die jetzt zum Jahresbeginn in nationales Recht umgesetzt wurde. Jedenfalls hat der parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Franz Thönnies, vor wenigen Wochen ganz stolz die deutsche Ratifikationsurkunde in New York im Haus der Vereinten Nationen hinterlegt.

Woher nehmen wir FDP-Mitglieder in der Landschaftsversammlung diese Hoffnung auf Hilfe durch den Bund?

Ich zitiere aus einem aktuellen Text des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales:

Das Übereinkommen ist von entscheidender Bedeutung für die Weiterentwicklung der deutschen Behindertenpolitik. Es bestätigt nicht nur den in Deutschland bereits vor einigen Jahren eingeleiteten Paradigmenwechsel: Weg von der Fürsorge, hin zur echten Teilhabe. Es verpflichtet auch dazu, in diesem Sinne konsequent weitere Anstrengungen zu unternehmen. Die durch das Übereinkommen formulierte Herausforderung liegt darin, wichtige gesellschaftliche Bereiche aus der Perspektive behinderter Menschen zu durchleuchten und ihre Teilhabe in diesen Lebensbereichen sicherzustellen. Die Ratifizierung ist deshalb nicht das Ende eines Prozesses, sondern **der Anfang der Umsetzung des Übereinkommens in den nächsten Jahren.**

Mit etwas Fantasie deutet sich hier an, dass die Bundesregierung ihre gesamtgesellschaftliche Verantwortung erkannt hat.

Konkrete Nachfragen waren aber bislang eher ernüchternd: Dankenswerterweise hat die FDP-Bundestagsfraktion die finanziellen Folgen der Eingliederung behinderter Menschen für die Kommunen immer wieder aufgegriffen. Die Bundesregierung war dadurch genötigt, öffentlich Stellung zu beziehen.

Ich zitiere aus dem Bundestag im Jahr 2006: Frage der FDP: Sieht die Bundesregierung die Eingliederung behinderter Menschen in die Gesellschaft als gesamtstaatliche Aufgabe, und wenn ja, wird sich die Bundesregierung gemäß dem Konnexitätsprinzip mit einem Leistungsgesetz des Bundes dieser Verantwortung auch in finanzieller Hinsicht stellen? Wenn nein, warum nicht? Antwort der Bundesregierung: ... Die Bundesregierung kommt der ihr obliegenden Verantwortung nach, beispielsweise durch Übernahme von Rentenversicherungsbeiträge für die Beschäftigten in Werkstätten für behinderte Menschen. Die Bundesregierung wird sich insbesondere Forderungen nach einer Umfinanzierung der Kosten der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen zulasten des Bundes nicht zu eigen machen. Frage der FDP: Beabsichtigt die Bundesregierung, im Rahmen der angestrebten Föderalismusreform die Frage der Finanzierung der Eingliederungshilfe aufzugreifen sowie Neuregelungen anzustreben, und wenn ja, welche? Antwort der Bundesregierung: Die Bundesregierung strebt im Rahmen der Föderalismusreform keine eingliederungshilfespezifische Neuregelungen in Zuständigkeits- und Finanzierungsfragen an.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die heutige Resolution im Vorfeld der Wahl zum nächsten Deutschen Bundestag macht erkennbar Sinn. Die heutige Bundesregierung verweigert ihre gesamtstaatliche Verantwortung für die Finanzierung der Teilhabe von Menschen mit Behinderung. Mit allen Nachteilen für uns in Westfalen-Lippe. Wir stellen uns daher als FDP-Mitglieder der Landschaftsversammlung hinter die heutige Resolution.